

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 4/2016 vom 03. Juni 2016, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Matthias Wiedmer Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen (anwesend ab Traktandum 5), Michael Dähler, Andrea de Meuron, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneider, Franz Schori, Simon Schweizer, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Cilia Julen
Entschuldigt	Martin Allemann, Philipp Deriaz, Reto Schertenleib
Schluss der Sitzung	19.00 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden.

25. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 7. April 2016

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

26. Stadträtliche Kommissionen

Ersatzwahl SAKO Sicherheit und Soziales anstelle von Reto Vannini (BDP)

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, schlägt Claude Schlappbach als Mitglied der Sachkommission Sicherheit und Soziales vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der Fraktion der Mitte, beschliesst:

In die Sachkommission Sicherheit und Soziales wird als Mitglied anstelle von Reto Vanini (BDP) per sofort gewählt: **Claude Schlappbach (BDP)**.

27. Schulkommission

Ersatzwahl von Tina Huggler-Locher in die Schulkommission anstelle der zurücktretenden Susanna Wettstein

Bericht des Gemeinderates Nr. 10/2016

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 4. Mai 2016, beschliesst:

1. Von der Demission von Susanna Wettstein per 30. Juni 2016 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Susanne Wettstein wird als Mitglied in die Schulkommission gewählt. Tina Huggler-Locher, geb. 7. April 1988, von Hasle BE und Brienzwiler BE, wohnhaft Sonnenweg 1, 3600 Thun, und zwar ab 1. Juli 2016 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2018 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

28. Jahresbericht 2015, Stand der hängigen Motionen und Postulate per 31. März 2016

Kenntnisnahme und Abschreibungen

Bericht des Gemeinderates Nr. 8/2016

Stadtpräsident Raphael Lanz erinnert an die letztjährigen Diskussionen im Stadtrat um die automatische Abschreibung von Vorstössen nach fünf Jahren. Er weist darauf hin, dass der Gemeinderat geltendes Recht anwendet und anwenden will und empfiehlt dem Stadtrat, dies auch zu tun. Er bemerkt weiter,

dass der Gemeinderat in den vorliegenden Unterlagen seine Sichtweise und Anträge darlegt. Sollte der Stadtrat in einzelnen Fällen anderer Meinung sein, wird der Gemeinderat dies entsprechend zur Kenntnis nehmen.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, tut ihren Unmut darüber kund, dass Vorstoss Nr. 4 P15/2010 betreffend CityBus 4 free nach fünf Jahren automatisch abgeschrieben wird. Über Jahre ist nichts passiert. Im Wissen, dass eine Nichtabschreibung reglementarisch nicht möglich ist, hält sie fest, dass die Fraktion Grüne mit der Abschreibung des Vorstosses nicht einverstanden ist. Nebst der ungenügenden Behandlung ist die im Bericht vermerkte Begründung einer Prüfung im Rahmen der Städte-Initiative unzureichend. Das Reglement zur Städte-Initiative wurde im Stadtrat weder behandelt noch verabschiedet. Sie wünscht, dass den mit Vorstössen erteilten Aufträgen Rechnung getragen wird.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, fragt nach der Einsichtsmöglichkeit des bei Vorstoss Nr. 7 P21/2010 vermerkten Masterplans Bonstettenpark, gutgeheissen vom Gemeinderat am 14. Januar 2015.

Gemeinderat Konrad Hädener erwähnt diesbezüglich die geplanten Kommunikationsaktivitäten. Die Vernissage des Kunstführers zum Schloss Bellerive vom 11. Juni 2016 wird genutzt, erstmals über den Masterplan zu informieren. Anschliessend wird ein erarbeitetes Kommunikationskonzept abgewickelt.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, beantragt, Vorstoss Nr. 9 P4/2011 der SVP-Fraktion betreffend Standorte der Asylbewerberunterkünfte abzuschreiben, da das Anliegen nicht mehr aktuell ist. Der Stadtrat hat in der Sitzung vom 18. Februar 2016 ein Postulat der SP-Fraktion zur Schaffung einer Kollektivunterkunft angenommen, in dem in der Begründung die Prüfung von Unterkünften in Schulhausnähe klar festgelegt ist.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass es nicht der Usanz des Stadtrates entspricht, Vorstösse anderer Fraktionen zur Abschreibung zu beantragen und macht beliebt, diese Vorgehensweise weiterhin zu berücksichtigen. Vorstoss Nr. 9 P4/2011 wurde seinerzeit als erheblich erklärt und ist dies nach wie vor. Darüber hinaus enthält das Postulat der SP-Fraktion betreffend Kollektivunterkunft keine Ziffer, die zur Abschreibung des Vorstosses betreffend Standorte der Asylbewerberunterkünfte oder zu dessen Erklärung als unerheblich führt. Er legt nahe, den Vorstoss nicht abzuschreiben.

Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, Vorstoss Nr. 9 P4/2011 abzuschreiben, mit 24 : 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, beantragt, Vorstoss Nr. 14 P4/2012 betreffend Standort der Brücke Selve - Schwäbis nicht abzuschreiben. Der Gemeinderat beantragt die Abschreibung mit der Begründung, die Aarequerung für den Langsamverkehr im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts, parallel zur Ortsplanungsrevision zu behandeln. Die Fraktion befürchtet, dass die im Vorstoss gestellte Frage nach der Verlegung des Standortes bei Abschreibung vom Radar verschwindet.

Der Rat stimmt dem Antrag der Fraktion Grüne, Vorstoss Nr. 14 P4/2012 nicht abzuschreiben, einstimmig zu.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, erachtet die Begründung des Gemeinderats um Abschreibung des Vorstosses Nr. 30 P8/2014 betreffend Perimeter-Erweiterung für Zonenparkkarten als nicht befriedigend. Daraus geht hervor, dass diesbezüglich keine Lösungsmöglichkeiten bestehen, die nicht zur Benachteiligung einer anderen Interessengruppe führen. Die Fraktion ist überzeugt, dass das Postulat umgesetzt oder geprüft werden kann. Der Erheblichkeitserklärung ist Rechnung zu tragen. Die Fraktion befürchtet, dass der Gemeinderat hier möglichen Konflikten aus dem Weg geht.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, unterstützt den Antrag der SVP/FDP-Fraktion, den Vorstoss nicht abzuschreiben. Die BDP-Fraktion sichert den Postulanten und Mitunterzeichnenden damals wie heute ihre Unterstützung zu, die Parkierungsfragen zu prüfen.

Der Rat nimmt Antrag der SVP/FDP-Fraktion, den Vorstoss Nr. 30 P8/2014 nicht abzuschreiben, mit 21: 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.

Sandra Rupp Gyger (SP) beantragt, die Abschreibung des Vorstosses Nr. 24 P10/2013 betreffend Angebot und Nachfrage von Kitaplätzen in Thun in der Begründung als Dauerauftrag oder anerkannte Zielsetzung zu vermerken und nicht lediglich als erfülltes Postulat. Sie würdigt die erreichte Angebotssteigerung, hält aber fest, dass deren Auswirkung auf die Wartezeiten noch nicht ersichtlich ist. Es gilt, die Entwicklung weiter zu beobachten. Des Weiteren ist die Verkürzung der Wartezeiten für Krippenplätze als Massnahme in den aktuellen Legislaturzielen festgehalten.

Der Stadtratspräsident erklärt mit Verweis auf das Dispositiv, dass der Stadtrat über die Ab- oder Nichtabschreibung entscheiden kann, nicht aber über die Begründung.

Sandra Rupp Gyger (SP) stellt den Antrag auf Nichtabschreibung.

Der Rat stimmt dem Antrag von Stadträtin Sandra Rupp Gyger (SP), Vorstoss Nr. 24 P10/2013 nicht abzuschreiben, mit 34 Stimmen bei zwei Enthaltungen zu.

Alice Kropf (SP) nimmt Bezug auf Vorstoss Nr. 29 M3/2014 betreffend Aussenausschank in den Gastgewerbebetrieben während den Sommermonaten und weist auf ein aktuelles Pilotprojekt zur Verlängerung des Aussenausschanks um eine Stunde hin, das voraussichtlich am 1. Juli 2016 starten wird. Die Postulanten beantragen, die Pilotphase abzuwarten und den Vorstoss nicht abzuschreiben.

Der Rat stimmt dem Antrag der Postulanten Alice Kropf Kahn und Alain Kleiner, den Vorstoss Nr. 29 M3/2014 nicht abzuschreiben, mit 35 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 51 seines Geschäftsreglements und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 24. März 2016 beschliesst:

1. Kenntnisnahme vom Stand der hängigen Motionen und Postulate.
2. Kenntnisnahme von den Abschreibungen der Vorstösse Nrn. 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7 infolge Verjährung gemäss Artikel 51 Absatz 3 Geschäftsreglement des Stadtrats.
3. Die Vorstösse Nrn. 13, 21, 35 dieses Berichtes werden abgeschrieben.

29. Jahresrechnung und Jahresbericht 2015

Genehmigung

Bericht des Gemeinderates Nr. 9/2016

a) Eintretensdebatte

Stadtpräsident Raphael Lanz blickt zurück auf die erfolgten Sachkommissionssitzungen und die Gesamtbeurteilung durch die Budget- und Rechnungskommission (BRK). Die aufgeworfenen Fragen konnten fristgerecht beantwortet werden. Er äussert sich zufrieden zum Rechnungsergebnis. Die Kosten im direkt beeinflussbaren Bereich hat die Stadt Thun im Griff. Demgegenüber bereiten die Kosten im nicht beeinflussbaren Bereich Sorgen. Sie werden in die kommenden Finanzplanung miteinbezogen. Er dankt der Stadtverwaltung für das hohe Kostenbewusstsein und der Politik für die Würdigung finanzpolitischer Argumente.

Serge Lanz, **BRK**, würdigt das budgetierte und realisierte Nullergebnis der Stadt Thun. Er weist darauf hin, dass der Kurs des Finanzdampfers der Stadt Thun, in Anlehnung der begrüssenden Worte des Stadtratspräsidenten zu Amtsbeginn, seit Jahren gut eingeschätzt werden kann. Der lobenswerte Aufgaben- und Finanzplan zeigt, dass der Finanzhaushalt der Stadt Thun die zwingenden und geplanten Ausgaben, unter anderem im Baulichen Unterhalt, zulässt. Die Verschuldung ist kalkuliert. Ein Nullergebnis wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren erzielt werden können. Er lobt die achtsame Haushaltsführung und die guten Entscheidungen der Finanzverwaltung und des Gemeinderates bei Budgetabwei-

chungen. Das Rechnungsergebnis 2015 darf einerseits Einsparungen, andererseits höhere Steuereinnahmen verzeichnen, womit die Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt des Verwaltungsvermögens mit 5 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung entlastet werden kann. Er hebt einige Fakten der Soll/Ist-Abweichungen hervor. Der Steuerertrag von rund 116 Mio. Franken brutto liegt über dem Budget- sowie auch dem Vorjahreswert. Aufgrund der kantonalen Gesetzgebung liefert die Stadt Thun allerdings 50 Prozent der Erträge im Rahmen des kantonalen Lastenausgleichsystems wieder ab. Der Personalaufwand von knapp 61 Mio. Franken ist leicht höher als budgetiert, was durch Lohnzunahmen zu erklären ist. Demgegenüber konnten auf der Ebene der Pensionskasse gewisse Einsparungen gemacht werden. Erfreulich sind die Einsparungen von rund 3.6 Mio. Franken beim Sachaufwand, hier wurde ein hohes Kostenbewusstsein bewiesen. Beim Baulichen Unterhalt konnten 16 der insgesamt 18.3 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung durch die Spezialfinanzierung belastet werden. Anders als in den Vorjahren konnte im Jahr 2015 bei den Investitionen ein erfreulicher Realisierungsgrad von 77% erreicht werden. Ein Blick auf die Bestandesrechnung zeigt die stolze Bilanzsumme von 346 Mio. Franken, das sind 3.5 Mio. mehr als im Vorjahr. Die Aktivseite bleibt in der Verwendung der Mittel unverändert. Auf der Passivseite weist Stadtrat Lanz auf das Fremdkapital von 170 Mio. Franken hin, wovon 60 Prozent mittel- bis langfristig sind. Die Finanzverwaltung konnte einen sorgsam Umgang mit dem Fremdkapital ausweisen und sicherstellen. Die Verpflichtungen aus den vielen Spezialfinanzierungen sind um 1.2 Mio. Franken auf stolze 160 Mio. gewachsen, wobei knapp 50 Mio. für übergeordnete Bereiche reserviert sind, etwa Abwasser und Feuerwehr. Das Eigenkapital blieb mit 11.3 Mio. Franken unverändert. Mit der Umstellung auf HRM2 wird sich zeigen, wie es um das Eigenkapital effektiv steht. Dann werden alle auf dem Gemeindereglement basierenden Spezialfinanzierungen ebenfalls zum Eigenkapital gezählt. Stadtrat Lanz dankt dem Gemeinderat für die solide und verantwortungsbewusste Haushaltsführung. Er dankt des Weiteren allen Mitarbeitenden der Stadt, die mit ihrem Einsatz und ihrer Disziplin für das gute Ergebnis sorgen konnten sowie auch den Sachkommissionen für die direktionsspezifische Prüfung der Jahresrechnung. Einen speziellen Dank richtet er an die Finanzverwaltung und das Finanzinspektorat, die mit dem über 300-seitigen Jahresbericht umfangreiche und interessante Ausführungen bereitstellen. Namentlich dankt er den Finanzverwaltern Daniel Wegmüller und Daniel Ruppen sowie der Finanzinspektorin Therese Sohm für ihre Arbeit und Unterstützung. Die BRK empfiehlt einstimmig das Eintreten auf das Geschäft und die Annahme aller Beschlussanträge im Sinne des Beschlusdispositivs.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, anerkennt die ausgeglichene Rechnung. Sie reiht sich ein in die ausgeglichenen Abschlüsse der letzten Jahre. Er erinnert anhand einiger Zahlen an den guten Verlauf des Finanzhaushaltes. 2009 waren zusätzliche Abschreibungen von 6 Mio. Franken möglich und die Verschuldung konnte um 20 Mio. Franken reduziert werden. 2010 durfte eine aussergewöhnlich hohe Selbstfinanzierungsrate von 31 Mio. Franken verzeichnet werden. Es waren zusätzliche Abschreibungen von 5 Mio. Franken und eine Vorfinanzierung des Schlossbergparkings von 6 Mio. Franken möglich. Die Verschuldung sank um weitere 20 Mio. Franken. 2011 konnte die Stadt Thun Rückstellungen von 7 Mio. Franken für die Revision des Pensionskassenreglementes vornehmen und die Verschuldung um 16 Mio. Franken reduzieren. 2012 sank die Verschuldung um 30 Mio. Franken und lag damit erstmals seit 1968 unter 100 Mio. Franken. Der Abschluss 2013 ermöglichte, fast 2 Mio. Franken zusätzlich in den Baulichen Unterhalt einzulegen. 2014 konnte der Bauliche Unterhalt vollständig der Laufenden Rechnung belastet werden, was im Jahr 2015 zu immerhin 80% möglich war. Er anerkennt die Einlage von 5 Mio. Franken in die Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt und nimmt zur Kenntnis, dass die Verschuldung 2015 entgegen der Prognose stabil blieb. Die permanente Verbesserung der Finanzlage der Stadt Thun ist erfreulich. Er führt die erfreuliche Entwicklung auf die Stabilität der Stadtverwaltung und die solide geleistete Arbeit, aber auch auf die Bevölkerungsentwicklung zurück. Die Steuererträge der Privatpersonen steigen jährlich. Die Strategie, gute Steuerzahler aus dem Mittelstand zu gewinnen bzw. in Thun zu behalten, zahlt sich aus. Zur positiven Entwicklung ist Sorge zu tragen. Der Weg, den die Stadt Thun eingeschlagen hat, sieht keine grosse Veränderungen innert kurzer Zeit vor und verspricht Kontinuität. Die kontinuierliche Entwicklung ist gemeinsam mit einer vielfältigen Wirtschaft, der engangierten Bevölkerung und den umliegenden Gemeinden fortzuführen. Die SP-Fraktion stimmt allen Beschlusspunkten zu und nimmt den Erläuterungsbericht des Finanzinspektorats zur Kenntnis.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, begrüsst das gute Rechnungsergebnis mit einem faktischen Gewinn von 5 Mio. Franken und unterstützt dessen Einlage in die Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt.

Die Fraktion befürwortet die Massnahme der restriktiven Fortführung des Aufgaben- und Finanzplans. Den Anträgen stimmt die Fraktion vorbehaltlos zu und dankt allen Beteiligten für die kompetente Führung des Finanzhaushaltes.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, ist erfreut über das Ergebnis und dankt der Finanzverwaltung und dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit. Sie streicht zwei Eigenheiten der Rechnung 2015 hervor. Investitionen wurden im Jahr 2015 zwar getätigt, allerdings nicht wie budgetiert, was auch am tieferen Selbstfinanzierungsgrad ersichtlich ist. Erfreulich sind die höheren Steuererträge – mit Verweis auf den kantonalen Lastenausgleich, der mit 57.8 Mio. Franken bzw. über 50% des Steuerbetrags gespiesen wurde. Die Fraktion begrüsst die Speisung der Spezialfinanzierung zu Lasten der Laufenden Rechnung. Sie dankt den Abteilungsleitenden für die Beantwortung der Fragen in der Sachkommission und folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, anerkennt das gute Ergebnis und verweist mit den Projekten Bypass Thun Nord, Ortsplanungsrevision, Schlossberg Parking, Arealentwicklung Schadaugärtnerei, Freistatt, Städte-Initiative oder der Kulturförderung auf den erfreulichen Kurs der Stadt Thun. Die Fraktion nimmt die ausgeglichene Rechnung mit einem faktischen Gewinn von 5 Mio. Franken würdigend zur Kenntnis und dankt allen, die zum guten Ergebnis beitrugen. Die Herausforderungen bleiben nach wie vor gross, der Wandel ist ein steter Begleiter. Er umschreibt die Veränderungen anhand verschiedener Beispiele, etwa dem Bevölkerungswachstum oder den wenigen leerstehenden Wohneinheiten. Die Fraktion der Grünen stimmt den Anträgen des Gemeinderates zu.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, nimmt das ausgeglichene Rechnungsergebnis erfreut zur Kenntnis und erachtet es in Anbetracht der finanzpolitischen Lage anderer Gemeinden als nicht selbstverständlich. Er dankt allen Beteiligten und insbesondere dem Stadtpräsidenten für die kompetente und solide Haushaltsführung. Als Schwachpunkte nennt er den geringen Selbstfinanzierungsgrad und die steigende Verschuldung. Die Fraktion rechnet damit, dass sich die Verschuldung von 2016 bis 2019 von 101 Mio. auf 195 Mio. Franken erhöhen wird. Mit Verweis auf den kantonalen Lastenausgleich hält er fest, dass die Gemeindeautonomie hochgehalten werden soll und sich der Gemeinderat entsprechend dafür einsetzt. Das gute Rechnungsergebnis betrachtet die Fraktion unter Vorbehalt der um 5 Prozent gestiegenen Liegenschaftssteuern. Zur Entlastung der Liegenschaftsbesitzer sowie der Mieterinnen und Mieter wird sich die Fraktion weiterhin stark machen. Jahresrechnung und Jahresbericht 2015 beantragt die Fraktion zur Genehmigung gemäss Dispositiv des Gemeinderates.

Der Stadtratspräsident stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist.

b) Detailberatung

*A Allgemeine Berichterstattung
Keine Bemerkungen.*

*B Jahresrechnung 2015
Keine Bemerkungen.*

C Produktgruppen-Rechnungen 2015

Direktion Präsidiales und Finanzen
Keine Bemerkungen.

Direktion Bau und Liegenschaften
Keine Bemerkungen.

Direktion Bildung Sport Kultur
Keine Bemerkungen.

Direktion Sicherheit und Soziales

Alice Kropf (SP) ist mit den Aussagen zur Arbeitsgruppe Prävention, zum alternativen Kulturzentrum AKuT und zu den Auswirkungen des verschärften Hooligan Konkordats im Jahresbericht der Abteilung Sicherheit und Soziales nicht einverstanden und bittet um die Beantwortung einiger Fragen. Dem Bericht des Gemeinderates ist zu entnehmen, dass die Arbeitsgruppe Prävention, zu der auch Fanggruppierungen eingeladen worden sind, bis dato nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat. Die Zusammenarbeit werde hauptsächlich von Seiten des Blocks Süds behindert. Stadträtin Alice Kropf, selbst Mitglied der Arbeitsgruppe, widerspricht der Aussage des Gemeinderates und hält fest, dass der Block Süd seit November 2015 an jeder Sitzung teilnimmt, Anliegen einbringt, diskutiert und engagiert nach Lösungen sucht. Obwohl die Aktivitäten des Blocks Süd umstritten sind, gilt es die positiven Entwicklungen zu würdigen. Sie fragt nach den Gründen zur Einschätzung des Gemeinderates betreffend der Behinderung der Zusammenarbeit durch den Block Süd innerhalb der Arbeitsgruppe. Weiter wird im Bericht die künftige aktive Suche nach dem Dialog mit der Fanszene und deren Anführer in Aussicht gestellt. Stadträtin Alice Kropf fragt diesbezüglich nach den ausgeschlagenen Gesprächsangeboten seitens Anführer. Betreffend Kulturzentrum AKuT weist sie auf die Einschätzung der Direktion Bildung Sport Kultur hin, die den Betrieb als störungsfrei beschreibt und fragt nach den Vorfällen, die die Direktion Sicherheit und Soziales erwähnt. Weiter verweist sie auf den im Bericht erwähnten Zusammenhang zwischen den Block Süd-Fans und dem AKuT. In Anbetracht dessen, dass die Bevölkerung in der Wahl ihrer Freizeitaktivitäten frei ist, fragt sie den Gemeinderat nach dem Zweck dieser Aussage. Betreffend Fanszene und Konkordat stellt Stadträtin Alice Kropf die Frage nach den im Bericht erwähnten Schlagzeilen, die Block Süd-Fans geschrieben haben und weiter nach der Auswirkung des Hooligan Konkordats auf die Polizeikosten. Zu den im Bericht vermerkten zahlreichen Vorfällen wünscht sie Angaben zur Anzahl jener Vorfälle, die von FC Thun-Fans verursacht und über die Bagatellgrenze hinausgingen.

Gemeinderat Peter Siegenthaler erwähnt zunächst die Anzahl der geleisteten Polizeistunden bei Fussballspielen, die sich in der Superleague in den Jahren 2013 bis 2015 bei 6'000 bis 6'500 beliefen. Bei Europacupspielen waren im Jahr 2013 rund 6'000 Arbeitsstunden zu verzeichnen, im Jahr 2015 deren 2'246. Er ist einig mit Stadträtin Alice Kropf, dass die Anzahl der Polizeistunden hoch bzw. zu hoch ist, verweist aber auch auf die Notwendigkeit der Polizeieinsätze. Am 30. August 2015 nach dem Spiel gegen Sion kam es am Bahnhof zu tätlichen Auseinandersetzungen, ebenso am 27. September 2015 nach dem Spiel gegen YB. Er nennt weiter das Spiel gegen den FC Basel vom 6. Dezember 2015, bei welchem die Thun-Fans Farbpulver einsetzten sowie das Spiel gegen den FC Lugano vom 13. Februar 2016, mit Vorbehalt, dass Letzteres vom Jahresbericht nicht umfasst ist. Betreffend des Zusammenhangs von Exponenten des Blocks Süd zum Kulturzentrum Akut hält er fest, dass die gemachten Aussagen als nüchterne Feststellung zu verstehen sind und es zum polizeilichen Auftrag gehört, eine allgemeine Lagebeurteilung vorzunehmen, diese der Stadt Thun zu melden und der Öffentlichkeit mitzuteilen. Bezüglich der aufgeworfenen Fragen zur Fanarbeit weist Gemeinderat Peter Siegenthaler darauf hin, dass im Bericht lediglich die Bestrebungen der Monate November und Dezember 2015 betrachtet werden können. In diesem Zeitraum sind die Feststellungen berechtigt. Die Herstellung eines Dialogs zwischen Arbeitsgruppe und Block Süd verlief zäh. Er hält an dieser Stelle fest, dass die Arbeitsgruppe auf Initiative der Polizei entstand.

Direktion Stadtentwicklung

Keine Bemerkungen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 Buchstabe a und Artikel 40 Buchstabe i der Stadtverfassung, Artikel 16 des Finanzreglementes und Artikel 51 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun sowie nach Kenntnisnahme des Jahresberichtes inklusive Jahresrechnung 2015, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von Fr. 5'004'872.85 als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung 2015, Konto 1740.363.10 für die zusätzliche Dotierung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen.

2. Bewilligung eines Nachkredites von Fr. 120'964.07 als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung 2015, Spezialfinanzierung Feuerwehr für übrige Abschreibungen.
3. Kenntnisnahme der bewilligten gebundenen Nachkredite von Fr. 5'423'933.41 in der Kompetenz des Gemeinderates.
4. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von Fr. 186'239.58 in der Kompetenz der Direktion Präsidiales und Finanzen (gemäss SW 2), davon Fr. 169'126.80 gebunden und Fr. 17'112.78 neu.
5. Genehmigung der Jahresrechnung 2015, welche bei einem Aufwand von Fr. 292'368'539.46 und einem Ertrag von Fr. 292'368'539.46 ausgeglichen abschliesst.
6. Genehmigung der Jahresrechnung 2015 der Schiessanlage Guntelsey, welche bei einem Aufwand und einem Ertrag von total je Fr. 250'876.50 ausgeglichen abschliesst.
7. Genehmigung des Jahresberichtes 2015.

30. Kantonales Kulturförderungsgesetz (KKFG)

Neue Leistungsverträge mit Thuner Kulturinstitutionen 2017 bis 2020 Bewilligung folgender Verpflichtungskredite für jährlich wiederkehrende Ausgaben der Stadt Thun für die Jahre 2017 bis 2020: - Kunstmuseum Thun und Thun-Panorama: 711'000 Franken inkl. MWST - Stadt- und Regionalbibliothek Thun: 548'000 Franken inkl. MWST - Stiftung Schloss Thun: 158'500 Franken inkl. MWST - Thuner Stadtorchester: 127'000 Franken inkl. MWST

Bericht des Gemeinderates Nr. 11/2016

Gemeinderat Roman Gimmel blickt zurück auf den Prozess der Erarbeitung neuer Leistungsverträge bedingt durch das total revidierte Kulturförderungsgesetz. Nun liegen verschiedene Vertragsformen vor, die in unterschiedlicher Kompetenz behandelt werden. Die neuen Verträge mit den Theaterspielen der Kunstgesellschaft Thun und den Schlosskonzerten Thun hat der Gemeinderat trilateral bereits genehmigt. Aufgrund der Erhöhung des Beitrages wurde mit den Bachwochen ebenfalls in Gemeinderatskompetenz ein Leistungsvertrag abgeschlossen. Die Verträge mit der Stadt- und Regionalbibliothek Thun, dem Kunstmuseum und dem Thun-Panorama, der Stiftung Schloss Thun sowie dem Thuner Stadtorchester bedürfen der Zustimmung des Stadtrates. Er weist auf die Sitzung des Gemeindeverbands Kulturförderung Region Thun hin, an welcher über die trilateralen Verträge der Stadt Thun sowie den Vertrag mit der Stiftung Schloss Oberhofen befunden wird. Im kommenden Herbst wird der Regierungsrat sämtliche trilateralen Verträge mit Kulturinstitutionen des Kantons Bern genehmigen. Ab 1. Januar 2017 laufen die beschlossenen und längerfristig gültigen Verträge, was den Kulturinstitutionen eine Planungssicherheit erlaubt. Das neue Kulturförderungsgesetz, dessen Umsetzung einen hohen Arbeitsaufwand bedeutete, verpflichtet jede Gemeinde im Kanton Bern zur Beitragsleistung. Die Regionsgemeinden übernehmen einen Kostenteil von 10 Prozent, die Region Thun umfasst nun 32 Regionsgemeinden und neu 6 Kulturinstitutionen. Er rühmt das gute Kulturangebot der Stadt Thun und hebt die Auszeichnung des Thun-Panoramas mit dem Label Kultur inklusive sowie dem Zertifikat für Exzellente von Trip Advisor hervor. Er verweist abschliessend auf die Teilstrategie 11 der Strategie Stadtentwicklung zur Förderung des Kulturangebots in der Region und wünscht, dass Gemeinderat und Stadtrat dieser weiterhin Rechnung tragen.

Manfred Locher, **Sachkommission Bildung Sport Kultur/Fraktion der Mitte** beschreibt das Zustandekommen der neuen Leistungsverträge als einen Meilenstein der Kulturförderung. Die Sachkommission Bildung Sport Kultur sowie auch die Fraktion der Mitte stimmen den Anträgen des Gemeinderates einstimmig zu.

Daniela Weber, **SVP/FDP-Fraktion**, begrüsst die positiven Resultate, die der Gemeinderat in den Verhandlungen zu den Leistungsverträgen 2017 bis 2020 mit dem Regierungsrat und den Regionsgemeinden erreichen konnte. Die Fraktion nimmt den Bericht und die Leistungsverträge ohne Diskussion zur

Kenntnis. Stadträtin Daniela Weber hält fest, dass die um gut 135'000 Franken geringere Beitragssumme in den kommenden vier Jahren, erfreulich ist. Sie weist aber darauf hin, dass die Differenz nicht auf das neue Kulturförderungsgesetz zurückzuführen ist, sondern auf anfallende Abschreibungen bei der Stadt- und Regionalbibliothek von 180'000 Franken, bedingt durch das neue Rechnungsmodell HRM2. Die SVP/FDP-Fraktion begrüsst das neue revidierte Kulturförderungsgesetz und stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, beurteilt die erarbeiteten Verträge und die festgelegten Beiträge als einen ausgewogenen Kompromiss. Die neuen Verträge sind für die betroffenen Kulturinstitutionen keine Luxuslösung, im Gegenteil, seit Jahren wurde kein Teuerungsausgleich gesprochen. Die neuen Leistungsverträge geben den Institutionen nun über vier Jahre eine Planungssicherheit. Sie dankt der Kulturabteilung für die geleistete Arbeit und die sorgfältige Begleitung des Prozesses. Die SP-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft einstimmig zustimmen.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, weist auf die Wichtigkeit des neuen Kostenteilers hin, wonach die Standortgemeinden maximal 50 Prozent, der Kanton Bern fix 40 Prozent und die Regionsgemeinden mindestens 10 Prozent der Gesamtbeiträge übernehmen. Sie ist erfreut über die Einsparung von gut 135'000 Franken und begrüsst dieses Ergebnis vor allem auch unter der Berücksichtigung, dass die Bachwochen und das Thuner Stadtorchester künftig ausschliesslich durch die Stadt Thun finanziert werden. Die BDP-Fraktion nimmt den Antrag des Gemeinderates einstimmig an.

Beat Grimm, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die informativen Unterlagen und begrüsst die klaren Vereinbarungen der vorliegenden Leistungsverträge. Die Fraktion erachtet es als wichtig, dass in den Verträgen die Rahmenverbindungen festgelegt werden, die den Kulturinstitutionen eine Planungssicherheit geben, ohne dass der Gemeinderat über die kulturellen Inhalte der Institutionen entscheidet. Wichtig ist weiter, dass die bisherigen Mittel gesichert sind. Die Fraktion begrüsst insbesondere den höheren Beitrag zuhanden der Bachwochen. Würdigend nimmt er die transparente Berichterstattung des Gemeinderates zur Kenntnis.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe d und Artikel 40 Buchstabe b der Stadtverfassung, und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 4. Mai 2016 beschliesst:

1. Bewilligung folgender Verpflichtungskredite für jährlich wiederkehrende Ausgaben inkl. MWST zu Lasten der Erfolgsrechnung für die Jahre 2017 bis 2020 und Genehmigung der entsprechenden Leistungsverträge, unter Vorbehalt der Zustimmung des Gemeindeverbandes Kulturförderung Region Thun und des Regierungsrates des Kantons Bern:

- a) 548'800 Franken (inkl. MWST) für die Abgeltung der Leistungen zum Betrieb der Stadt- und Regionalbibliothek Thun.
- b) 711'00 Franken (inkl. MWST) für die Abgeltung der Leistungen zum Betrieb des Kunstmuseums Thun und des Thun-Panorama.
- c) 158'500 Franken (inkl. MWST) für die Abgeltung der Leistungen der Stiftung Schloss Thun zum Betrieb des Mueseumsschlusses.
- d) 127'000 Franken (inkl. MWST) für die Abgeltung der Leistungen zum Betrieb des Thuner Stadtorchesters.

2. Kommt ein Folgevertrag nicht rechtzeitig zustande, erteilt der Stadtrat dem Gemeinderat die Kompetenz, die Leistungsverträge gemäss Artikel 18 Absatz 2 der Verträge um ein Jahr, das heisst bis 31. Dezember 2021, zu verlängern.

3. Die Ziffern 1a und 1b dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

31. Interpellation I 1/2016 betreffend steigende Asylgesuchszahlen führen zu höheren Sozialhilfekosten - tickt hier eine "sozialpolitische und finanzielle Zeitbombe"?

Fraktion SVP/FDP vom 22. Januar 2016; Beantwortung

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, ist mit der Antwort teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation und weist darauf hin, dass der Vorstoss keine asylpolitische Grundsatzdiskussion beabsichtigt. Der Vorstoss fusst in der aufgeworfenen Thematik der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und des ehemaligen Preisübewachters Rudolf Strahm, die eine finanzielle Mehrbelastung für Gemeinden und Kanton aufgrund der steigenden Asylgesuchszahlen besagt. Er lobt die informative Übersicht zum Asylwesen und den Asylverfahren in der Antwort des Gemeinderates. Er hält fest, dass die Fraktion die Überführung der Asylkoordination in einen Verein begrüsst, sofern damit die Zusammenarbeit mit den Gemeinden verbessert und insgesamt mehr Flexibilität entsteht. In Bezug auf die in der Beantwortung erwähnte Massnahme einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe „Integration in den Arbeitsmarkt“ unterstreicht er den hohen Stellenwert der beruflichen Integration. Die aktuelle Sozialhilfequote von 83 Prozent ist weder tragbar noch sozialverträglich. Die Arbeits- und Erwerbstätigkeit ist ein wesentlicher Schlüssel zur Integration. Die Fraktion erwartet, dass sich die Asylsuchenden um eine Erwerbstätigkeit bemühen und die öffentliche Hand dies im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit innovativen Projekten unterstützt. Als Beispiel nennt er die Berufseinsteigerkurse und ergänzt, dass die Fraktion Massnahmen unter Einbezug der Wirtschaft rein staatlichen Leistungen vorzieht. Er macht beliebt, die 5 bis 7 Jahre, die zwischen der Zuteilung der Asylsuchenden zum Kanton und dem Übertrag zu den Gemeinden verbleiben, effizient zu nutzen, damit den Flüchtlingen eine Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden kann. Die Leistungen der öffentlichen Hand stellt die Fraktion in Abhängigkeit zur Bereitschaft, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Stadtrat Lukas Lanzrein hält abschliessend fest, dass bei den in der Antwort des Gemeinderates erwähnten strukturellen Schwierigkeiten und nicht geklärten Zuständigkeiten der Gesundheits- und Fürsorgedirektion und der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern Handlungsbedarf besteht.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Auch der SP-Fraktion ist die Integration ein Anliegen und sie begrüsst die Schaffung einer Arbeitsgruppe „Integration in den Arbeitsmarkt.“ Er unterstreicht den Handlungsbedarf betreffend der strukturellen Schwierigkeiten der Gesundheits- und Fürsorgedirektion und der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern. Bezüglich der Integration hebt er die wertvolle Arbeit der Freiwilligen hervor – etwa die Durchführung von Deutschkursen oder die private Unterbringung – und hält deren Einbezug in die Diskussion für wichtig. Eine Stellungnahme zur Überführung der Asylkoordination in einen Verein Stellung erachtet die Fraktion als verfrüht, da noch zu viele Unbekannte bestehen. Er unterstreicht aber die Wichtigkeit des Einbezugs der 83 Gemeinden in den Verein und begrüsst die aktive Integration aller Gemeinden in die Betreuung der Asylsuchenden sowie die höhere Flexibilität als Folge der Vereinsgründung. Die Fraktion wünscht, weiter über den Projektverlauf informiert zu werden.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die sorgfältige und hilfreiche Antwort. Er begrüsst die laufenden Bestrebungen auf verschiedenen Ebenen. Dass Asylsuchende kosten, ist unbestritten. Diese Kosten bestehen und können lediglich optimiert werden, in dem die Integration vorangetrieben wird. Er hält fest, dass 55 Prozent der Asylsuchenden unter 25-jährig sind und damit eine Perspektive haben könnten. Umso wichtiger und dringender sind Lösungen zur Integration. Dazu ist nicht nur die Wirtschaft gefordert. Er wirft den Begriff eines Helfernetzes mit Wirtschaft, Integrationsfachleuten, Institutionen und Freiwilligen ein.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, dankt der SVP/FDP-Fraktion für die aufgeworfenen Fragen und dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Er bestärkt die Meinung der Vorredner betreffend der Wichtigkeit einer raschen sozialen und beruflichen Integration und hebt die freiwilligen Helferinnen und Helfer als wichtiges Element im Prozess hervor. Das Bedürfnis einer Auslagerung der Asylkoordination stösst bei der Fraktion auf Verständnis. Diesbezüglich wünscht die Fraktion Grüne, weiter informiert zu werden. Stadtrat Roman Gugger hält abschliessend fest, dass die Zahl der Wohnungen zur Unterbrin-

gung von Asylsuchenden in Thun von aktuell 23 (bei 188 im gesamten Berner Oberland) weiter gesteigert werden soll.

Gemeinderat Peter Siegenthaler dankt den Fraktionen für die positive Beurteilung der Antwort des Gemeinderats. Er unterstreicht die hohen Anforderungen, die die Integration stellt. Gefordert sind alle, nicht nur die Wirtschaft. In Bezug auf Arbeitsbewilligungen wird im Prozess auch die Volkswirtschaftsdirektion bzw. das beco Berner Wirtschaft wichtig sein. Der Einbezug verschiedenster Stellen führt zu komplizierten Prozessen, zur Vereinfachung besteht Handlungsbedarf. Die weitere Information zum laufenden Prozess und zu einer allfälligen Zuständigkeit des Stadtrates sichert er zu und verweist darauf, dass er dem Gemeinderat bis Ende Juni 2016 Bericht und Antrag über die Fortführung des Prozesses stellen wird.

32. Interpellation I 6/2016 betreffend Haltung des Gemeinderates zu den Fanmärschen anlässlich der Heimspiele des FC Thun

Fraktion SVP/FDP vom 3. Juni 2016; Dringlichkeit

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, verweist auf den themenverwandten Vorstoss von Stadträtin Alice Kropf und Mitunterzeichnenden betreffend der Arbeitsgruppe Prävention, der ebenfalls in der aktuellen Sitzung eingereicht wird. Eine gemeinsame Behandlung beider Vorstösse ist sinnvoll. Er ergänzt, dass die Interpellation der SVP/FDP-Fraktion Fragen zum Polizeieinsatz vom 25. Mai 2016 sowie zum Interview von Gemeinderat Peter Siegenthaler in der Jungfrau-Zeitung vom 26. Mai 2016 aufwirft, die aus Aktualitätsgründen eine zeitnahe Beantwortung verlangen.

Der Gemeinderat widersetzt sich der Dringlichkeit nicht.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit einstimmig zu.

33. Interpellation I 3/2016 betreffend sistierte Teilnahme der Direktion Sicherheit und Soziales (SiSo) und Bildung Sport Kultur (BiSK) an der Arbeitsgruppe Prävention rund um Fussballspiele und Sistierung der Erteilung der Rahmenbewilligung für den FC Thun

Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 3. Juni 2016; Dringlichkeit

Alice Kropf (SP) weist auf die bereits vereinbarten Sitzungstermine der Arbeitsgruppe Prävention hin und unterstreicht die Dringlichkeit einer Antwort auf die Frage nach der Dauer der vom Gemeinderat ausgesprochenen Sistierung. Betreffend die Sistierung der Erteilung der Rahmenbewilligung verweist sie auf den nahenden Saisonstart vom 23./24. Juni 2016.

Der Gemeinderat widersetzt sich der Dringlichkeit nicht.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit einstimmig zu.

34. Interpellation I 2/2016 betreffend BLS Werkstätte im ESP Thun – Verdichten auch in der Arbeitszone und Beschleunigung der Entwicklungen in diesem Gebiet

Fraktion Grüne vom 3. Juni 2016; Dringlichkeit

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass die eingesetzte Begleitgruppe zur Suche eines Standortes für die neue BLS Werkstätte in den Monaten August und September 2016 tagen wird, um den favorisierten Standort festzulegen. Für den Standort Thun als einen von fünf verbleibenden soll der Begleitgruppe eine gute Grundlage geboten werden.

Stadtpräsident Raphael Lanz hält fest, dass der Gemeinderat mit der Begleitgruppe in Kontakt steht und für einen Vorstoss zur Stellungnahme kein Bedarf besteht.

Der Gemeinderat widersetzt sich der Dringlichkeit nicht.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit 36 Stimmen zu.

Eingänge

- Postulat P4/2016 betreffend gleichlange Spiesse für den Handel in Parkierungsfragen: Grundsatzvereinbarung zwischen Thun und den Nachbargemeinden mit Grossverteilern; Fraktion Grüne
- Postulat P5/2016 betreffend Fussball-Rasenfelder bei der Stockhorn-Arena für den Breitensport realisieren; Fraktion SVP/FDP
- Postulat P6/2016 betreffend Städte setzen ein solidarisches Zeichen – Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt; Alice Kropf Kahn (SP), Katharina Ali-Oesch (SP) und Mitunterzeichnende
- Interpellation I 2/2016 betreffend BLS Werkstätte im ESP Thun – Verdichten auch in der Arbeitszone und Beschleunigung der Entwicklungen in diesem Gebiet; Fraktion Grüne (Dringlich)
- Interpellation I 3/2016 betreffend sistierte Teilnahme der Direktionen Sicherheit und Soziales und Bildung Sport Kultur an der Arbeitsgruppe Prävention rund um Fussballspiel und Sistierung der Erteilung der Rahmenbewilligung für den FC Thun; Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende (Dringlich)
- Interpellation I 4/2016 betreffend Neubewertung der Grundstücke und kantonale Steuerstrategie; Auswirkungen auf Thuns Gemeindefinanzen; Fraktion Grüne
- Interpellation I 5/2016 betreffend Erfahrungen mit dem Bundesasylzentrum in Thun; Fraktion SVP/FDP
- Interpellation I 6/2016 betreffend Haltung des Gemeinderates zu den Fanmärschen anlässlich der Heimspiele des FC Thun; Fraktion SVP/FDP (Dringlich)
- Interpellation I 7/2016 betreffend Absage EVENTUM 2016; Serge Lanz (FDP), Christine Buchs (FDP), Markus van Wijk (FDP) und Mitunterzeichnende

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger verliest das Rücktrittsschreiben von Stadtrat Alfred Blaser (SP) per 3. Juni 2016.

Der Stadtratspräsident verabschiedet Stadtrat Alfred Blaser. Alfred Blaser war seit 7 Jahren im Rat tätig. Er war Mitglied der BRK und der SAKO Bau und Liegenschaften, welche er im Jahr 2011 präsidiert hatte. Vorstösse waren unter anderem das Postulat betreffend Sendeanlagen auf städtischen Liegenschaften, Motion betreffend Anpassung des Baureglementes, Interpellation betreffend Sicherheitskosten rund um den FC Thun in der NLA, Postulat betreffend Fussgänger Verbindung Grabengut. Er war in früheren Jahren auch Mitglied der Spezialkommission betreffend Abbau Bundesarbeitsplätze als Vertreter der Gewerkschaft Kommunikation. Privat engagiert hatte er sich seit 2005 auch als Präsident des Hohmadleistes Thun. Seine Voten waren stets gut vorbereitet, sehr ausführlich und wohl formuliert. Seine Arbeit war geprägt von Seriosität mit einem Schuss Humor. Er wünscht ihm im Namen des Rates alles Gute und dass er sich die gewünschte freie Zeit nun auch für sich finden und nehmen kann.

Der Stadtratspräsident



Matthias Wiedmer

Der Stadtratssekretär



Remo Berlinger